



## Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Newsletter 16/2010  
Dezember 2010

*Lass los, was dich ängstigt und sorgt.  
Lass sein, was dich gefangen hält.  
Komm heraus aus dem Dunkel.  
Setz dich unter den Himmel  
und erwarte die Ankunft seines Lichts.*  
(Verfasser unbekannt)

Liebe Leserinnen und Leser,  
der Advent ist da - die Zeit der Besinnung und der vorweihnachtlichen Freude.

Bevor der Weihnachtstrubel los geht, möchte ich Ihnen einen herzlichen Adventsgruß senden verbunden mit dem Wunsch auf eine frohe Weihnachtszeit und Gottes Segen! Tanken Sie Kraft und nehmen Sie ein wenig von der weihnachtlichen Freude mit hinein ins neue Jahr.

Ihre Antje Tillmann

---

### Koalition steht für einen stabilen Euro

Eine stabile Gemeinschaftswährung Euro ist im ureigenen Interesse Deutschlands. Die jetzt ins Auge gefasste Euro-Stabilisierung mit der Irland-Hilfe ist die richtige Antwort auf die aktuelle Entwicklung auf den internationalen Kapitalmärkten. Die Zinsaufschläge, die für irische Anleihen zurzeit zu beobachten sind, haben keinerlei ökonomische Grundlage. Daher müssen wir den Spekulationen gegen den Euro den Boden entziehen. Dafür nutzen wir den mit dem IWF und den europäischen Partnern bereits vereinbarten Euro-Rettungsschirm.

Deutschland wird seinen Beitrag leisten, auch durch die Übernahme von Gewährleistungen in Höhe von etwa 6,2 Mrd. € für den Rettungsfonds. Im Gegenzug muss Irland seinen Finanzsektor verschlanken und umstrukturieren. Dazu gehört die Absenkung der Fremdfinanzierung zugunsten von mehr Eigenkapital. Irland hat bereits eine Strategie zur Haushaltskonsolidierung zugesagt, mit der das Defizit bis 2015 wieder unter 3 % gedrückt wird. Beispielsweise werden die Einkommensteuerstufen und -freibeträge abgesenkt, Verbrauchssteuern erhöht und Sozialausgaben sowie Ruhegehaltszahlungen gekürzt, Stellen im öffentlichen Bereich gestrichen und der Arbeitsmarkt reformiert. Das Renteneintrittsalter wird auf 68 Jahre angehoben. Wir haben keinen Zweifel, dass Irland die Umsetzung dieser Maßnahmen gelingt.

---



### Bildungspaket wird aufgestockt

Arbeitsministerin von der Leyen hat angekündigt, dass der Bund die Fahrtkosten zu weiterführenden Schulen für bedürftige Schüler ab der 10. Klasse übernehmen wird. Die Aufstockung des Bildungspaketes ist ein deutliches Signal, dass die Koalition bei allen Sparanstrengungen die Kommunen im Blick hat. Für die geplante Aufstockung nimmt der Bund noch einmal 40 Mio. € zusätzlich in die Hand.

Für Kinder darf der Besuch einer weiterführenden Schule nicht an den Kosten einer Fahrkarte scheitern. Ein Nebeneffekt: In Erfurt entstünde durch die Übernahme der Kosten durch den Bund an einer weiteren Stelle Einsparpotential für die Stadt. Heute übernimmt Erfurt die Fahrtkosten für Schüler mit Sozialticket.

---

### Nutzung von Steuer-CDs rechtens

Das Bundesverfassungsgericht hat die Nutzung von Daten auf sogenannten Steuer-CDs bei der Strafverfolgung erlaubt. Die von Informanten angekauften Informationen über mutmaßliche Steuerhinterzieher dürfen im Ermittlungsverfahren verwendet werden. Dabei komme es nicht darauf an, ob der Ankauf der Daten ursprünglich rechtmäßig war. Der Anfangsverdacht für die Durchsuchung war auf Daten gestützt worden, die ein Informant aus Liechtenstein auf einer CD gebrannt an die Bundesrepublik Deutschland verkauft hatte.

Diese Entscheidung ist zu begrüßen, da dem steuerehrlichen Bürger niemand erklären könnte, weshalb vorhandene Daten aus Steuerhinterziehungen nicht auch genutzt werden.

---

### **Job- und Wirtschaftsaufschwung geht weiter**

Die erfreuliche Konjunkturerholung schlägt voll auf den Arbeitsmarkt durch: Während die Arbeitslosigkeit sinkt, steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. So ist die Zahl der Arbeitslosen im November dank des konjunkturellen Rückenwinds um 14.000 auf insgesamt 2.931.000 gesunken. Dieser Aufwärtstrend wird sich laut Expertenmeinung auch im kommenden Jahr fortsetzen. So rechnen zahlreiche Volkswirte bereits jetzt mit Wachstumszahlen von 2,6 % sowie einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Deutschland von unter 3 Mio.

Thüringen hat weiter die niedrigste Arbeitslosenquote der ostdeutschen Bundesländer. Im November waren 99.095 Personen (8,4 %) arbeitslos und damit knapp 17 % weniger als vor einem Jahr.

Auch Erfurt steht gut da. Besonders erfreulich ist der Rückgang der Langzeitarbeitslosen (- 16,2 %) und der arbeitslosen jungen Menschen unter 25 Jahren (- 29,3 %). Auch die Arbeitslosigkeit der über 50-jährigen ist um 4,5 % gesunken – ein gutes Signal im Hinblick auf die Einführung der Rente mit 67.

### **Gleiche Freiwilligenvergütung in Ost und West**

Wie das Bundesfamilienministerium mitteilte, soll es beim geplanten Freiwilligendienst eine einheitliche Vergütung in Ost und West geben. Im auslaufenden Zivildienst bestand bis jetzt eine ungleiche Vergütung zwischen Ost und West. Diese Ungerechtigkeit wird nun mit dem neuen Freiwilligendienst aufgelöst.

Die Vergütung soll sich an einer einheitlichen Obergrenze von 330 € orientieren.

### **Neuer Beauftragter für die Stasi-Unterlagen**

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche Roland Jahn als neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagenbehörde vorgeschlagen. Der 57-jährige Journalist, in leitender Funktion tätig, garantiert durch seinen unerschrockenen Einsatz als Bürgerrechtler höchste persönliche Glaubwürdigkeit, durch seine Medienkompetenz Unabhängigkeit und durch sein "fast geteiltes" Leben in Ost- wie Westdeutschland ein vertieftes Bürgerverständnis für das gesamte Land. Roland Jahn hat die Fähigkeiten, die überzeugende und erfolgreiche Tätigkeit der beiden bisherigen Behördenleiter, Marianne Birthler und Joachim Gauck, fortzusetzen.

Die Wahl des neuen Behördenchefs wird Anfang 2011 erfolgen, da die Amtszeit von Marianne Birthler im März 2011 zu Ende geht.



Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöllner, stand in Erfurt zu einer Diskussion zum Thema Patientenrechte zur Verfügung.

### **Unterbliebene Rentenkürzungen kosten 10 Mrd. €**

„Der Schutz der gut 20 Mio. Rentner vor Rentenkürzungen belastet die gesetzliche Rentenversicherung inzwischen mit 10 Mrd. €.“ Die Zahl nennt der Sozialbeirat der Bundesregierung in seinem aktuellen Gutachten zum Rentenversicherungsbericht. Danach liegt das Rentenniveau derzeit beträchtlich höher, als es der Rentenformel und der langfristigen Zielsetzung entspricht. Dies liegt sowohl an der gesetzlichen Sicherungsklausel, die Rentner vor Minusrunden bewahrt, als auch am zweimaligen Aussetzen des den Rentenanstieg dämpfenden Riester-Faktors. Weil die anstehenden Kürzungen unterlassen worden seien, liege der aktuelle Rentenwert im Westen um rund 5 % und im Osten um rund 3 % zu hoch.

Nach Einschätzung des Sozialbeirats, dem sowohl Gewerkschaften und Arbeitgeber als auch Wissenschaftler angehören, wird der milliardenteure Ausgleichsbedarf nur erfüllt, wenn die Kürzungen von nun an dadurch nachgeholt werden, dass der rechnerisch mögliche Rentenanstieg nur zur Hälfte gewährt wird. Nach der Prognose der Bundesregierung soll er dank der anziehenden Konjunktur im Westen bis 2015 und im Osten schon bis 2014 kompensiert sein.

### **Spruch der Woche**

„Wenn das so weitergeht, sind die Grünen demnächst für Weihnachten, aber gegen den davor geschalteten Advent.“

*Bundeskanzlerin Merkel in der Haushaltsdebatte*

### **Impressum**

**Antje Tillmann MdB**

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 3. Dezember 2010